

SCHRIFTENREIHE
DER GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCHLANDFORSCHUNG

BAND 42

Terror und Extremismus in Deutschland

Herausgegeben von

Konrad Löw



Duncker & Humblot · Berlin

Terror und Extremismus in Deutschland

**SCHRIFTENREIHE
DER GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCHLANDFORSCHUNG
BAND 42**

Terror und Extremismus in Deutschland

**Ursachen, Erscheinungsformen
Wege zur Überwindung**

Herausgegeben von

Konrad Löw



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Terror und Extremismus in Deutschland : Ursachen,
Erscheinungsformen, Wege zur Überwindung / hrsg. von
Konrad Löw. – Berlin : Duncker und Humblot, 1994.
(Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung ; Bd. 42)
ISBN 3-428-08027-0
NE: Löw, Konrad [Hrsg.]; Gesellschaft für Deutschlandforschung:
Schriftenreihe der Gesellschaft . . .

Alle Rechte vorbehalten
© 1994 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: SiB Satzzentrum in Berlin GmbH, Berlin
Druck: Color-Druck Dorfi GmbH, Berlin
Printed in Germany
ISSN 0935-5774
ISBN 3-428-08027-0

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	7
Eckhard Jesse	
Streitbare Demokratie in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Eine umstrittene Konzeption zwischen Kontinuität und Wandel	11
Erwin K. Scheuch	
„Fremdenhaß“ als akute Form des Rechtsextremismus?	29
Armin Pfahl-Traugber	
Rechtsextreme Subkulturen. Verbindungen und Divergenzen im westlichen und östlichen Deutschland	65
Klaus Motschmann	
Späte Frucht der frühen Jahre. Notwendige Erinnerungen zur Zersetzung des Rechtsbewußtseins	83
Patrick Moreau	
Die verpaßte Erneuerung der PDS	97
Hans Josef Horchem	
Die Grenzen „autonomer“ Gewalt. Eine Bilanz nach der Wiedervereinigung	113
Uwe Backes	
Terror im Schlaraffenland – Die biographische Perspektive	129
Konrad Löw	
Marxismus und Terrorismus. War die Begünstigung der terroristischen Roten Armee Fraktion durch die DDR ideologisch zu begründen?	141
Peter Frisch	
Ausländerextremismus in der Bundesrepublik Deutschland	155
Die Autoren	171

EINLEITUNG

Der Begriff des Extremismus hat sich — trotz oder gerade wegen seiner vergleichsweise bescheidenen begriffsgeschichtlichen Vorprägung — in Deutschland einen festen Platz im politischen Vokabular erobert. Als antithetischer Sammelbegriff zu konstitutionell-demokratischen Strömungen findet er sowohl in der einschlägigen Rechtsprechung als auch in der politikwissenschaftlichen Forschung Anwendung. Damit steht er in der Tradition negativer Verfassungsbegriffe, die seit Aristoteles über die Jahrhunderte hinweg die wechselvolle Diskussion um die beste Staatsform bestimmten. So unterschiedlich die Vorstellungen über die Ausgestaltung dieser politischen Ordnung auch waren: Die meisten Autoren stimmten in der (wenn auch nicht selten nur verbalen) Ablehnung nackter Fremdbestimmung und Willkürherrschaft überein. „Tyrannis“, „Despotismus“, „Absolutismus“, „Diktatur“, „Totalitarismus“ lauten die Begriffe der Regimenlehre, die eben dies zum Ausdruck bringen. Ihr Gegenpol ist der auf Grundrechte und institutionelle Mechanismen der Machtkontrolle gegründete Verfassungsstaat, der Individuen und soziale Gruppen wirksam vor Übergriffen des Staates und anderer Bürger schützt.

Der Begriff des politischen Extremismus hat sich nicht zufällig auf dem Boden konstitutioneller Regime entwickelt, setzt das Bild von den Extremen und der politischen Mitte doch die Existenz eines sich halbwegs offen artikulierenden Spektrums politischer Strömungen voraus. Je weiter sich politische Kräfte von der Mäßigung verkörpernden Mitte entfernen, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß ihnen grundlegende Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates aus dem Blick geraten oder gar als bekämpfenswert erscheinen. Extremistische Bewegungen stellen die Grundlagen konstitutioneller Demokratien in Frage und münden, wenn sie an die Macht gelangen, in Diktaturen unterschiedlicher ideologischer Couleur.

Die deutsche Geschichte ist reich an Erfahrungen mit extremistischen Kräften. Allein im 20. Jahrhundert hat das Land in der europäischen Mitte die Machtübernahme einer rechts- (Nationalsozialisten 1933) und einer linksextremen (Kommunisten in der Sowjetischen Besatzungszone nach 1945) Bewegung erlebt. Schon aus diesem historischen Hintergrund erklärt sich die Aufmerksamkeit, die dem Phänomen des politischen Extremismus von der Gründung der zweiten deutschen Demokratie an in der Öffentlichkeit zuteil geworden ist.

Daß der neugebildete Verfassungsstaat im westlichen Deutschland in vierzig Jahren seines Bestehens keine existenzgefährdende Krise zu bewältigen haben

würde, konnte 1949 niemand voraussehen. Weit in die sechziger Jahre hinein stieß Fritz René Allemanns Diktum „Bonn ist nicht Weimar“ auf mehr skeptische als zustimmende Reaktionen. Unter dem Eindruck periodischer Resonanzgewinne der extremen Rechten und Linken (SRP und KPD Anfang der fünfziger Jahre, NPD, K-Gruppen und Terrorismus seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre) waren besorgte Beobachter immer wieder geneigt, die sich vor dem Hintergrund des Wirtschaftswunders durchsetzende Lesart von der success story im westlichen Deutschland in Frage zu stellen.

Dies ist auch nach der unverhofften Vereinigung der beiden deutschen Staaten wieder der Fall. Angesichts der Renaissance der extremen Rechten werden erneut die Schatten von Weimar beschworen. Vor allem ausländische Beobachter fragen besorgt, ob das Land im Herzen Europas, in dem sich der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus als so folgenreich erwiesen hat, durch die Annäherung seiner geopolitischen Situation an diejenige vor 1945 veranlaßt werden könnte, sich nun wieder politischen Traditionen zuzuwenden, die Deutschland und Europa schon einmal in eine beispiellose historische Katastrophe geführt haben. Aber auch besonnene Kommentatoren der politischen Ereignisse kommen um die Feststellung wachsender extremistischer Potentiale nicht umhin. Dies betrifft weniger die extreme Linke als die extreme Rechte.

Zwar besteht mit der SED-Nachfolgepartei PDS vor allem in den neuen Bundesländern nach wie vor eine noch immer weit über 100.000 Mitglieder umfassende politische Kraft, die sich auf geistige Väter wie Marx und Lenin beruft. Aber der Zusammenbruch des realen Sozialismus in der DDR hat die politischen Kräfte der — ehemals an Moskau und Ostberlin orientierten — linksextremen Orthodoxie schrumpfen lassen. Dagegen verbuchen rechtsextreme und nationalpopulistische Protestparteien seit Mitte der achtziger Jahre wachsende Stimmenanteile bei Wahlen. Der Einzugs einer Partei rechts von der Union in den Deutschen Bundestag ist in den Bereich des Möglichen gerückt. Zugleich verzeichnet das vereinte Deutschland in den letzten Jahren eine beispiellose Welle ausländerfeindlicher Gewalt, die von Gruppen jugendlicher Fanatiker mit vielfach rechts-extremem Hintergrund getragen wird. Die starke Beachtung, die die Medienöffentlichkeit jugendlichen Neonationalsozialisten und Skinheads zu Recht zuwendet, verdeckt ein weiterhin hohes Gewaltniveau auf der extremen Linken, wo vor allem die Gruppen der „Autonomen“ die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden herausfordern. Besonders in den neuen Bundesländern, wo der Zusammenbruch der politischen, sozialen und ökonomischen Ordnung einen Berg an Problemen aufgehäuft hat, finden rechts- und linksextreme Gewalttäter ein günstiges Resonanzfeld. So ist das Thema politischer Extremismus heute wieder von beklommener Aktualität.

Mit einer Ausnahme (Klaus Motschmann) gehen die Beiträge des Bandes auf eine Tagung zurück, die von der Fachgruppe Politikwissenschaft der Gesellschaft für Deutschlandforschung im November 1992 an der Universität Bayreuth

veranstaltet wurde. Sowohl Praktiker des Verfassungsschutzes als auch Wissenschaftler kamen zu Wort. Bei der Auswahl der Themen wurde eine aktualistische Schwerpunktbildung bewußt vermieden. Im Gegensatz zu einer Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen, die in den letzten Jahren ausschließlich der extremen Rechten gewidmet waren, sollte die ganze Breite antikonstitutioneller und antidemokratischer Strömungen erfaßt werden. Der Reigen der Beiträge setzt mit dem für die Bundesrepublik Deutschland spezifischen Verfassungskonzept der „streitbaren Demokratie“ ein, durchläuft das Spektrum der politischen Extreme von rechts nach links und findet mit einer Analyse zum Ausländerextremismus seinen Abschluß.

Bayreuth, im März 1994

Der Herausgeber